

Klimagipfel Kopenhagen - Politiker- oder Systemversagen?

Ob nicht schon vor Jahrzehnten einschneidende Maßnahmen zum Klimaschutz hätten ergriffen werden müssen, darüber muss nicht mehr ernsthaft gestritten werden. Die Zeit sollte in dieser Frage daher reif sein für eine Auseinandersetzung ganz anderer Art. Es sollte darüber debattiert werden, ob das jahrzehntelange globale Versagen in der Klimapolitik von einzelnen amtierenden Politikern zu verantworten ist oder ob es nicht einen viel tiefer liegenden Grund hat. Der eigentliche Grund könnte sein, dass von Staaten, wie sie sind, Besseres nicht zu erwarten war. Das Scheitern der Klimapolitik könnte ein politisches Systemversagen sein.

Noch allerdings ist solche Vermutung im vorherrschenden Meinungsspektrum kaum vertreten. Auch vor dem Kopenhagener Gipfel gab es wenig Stimmen, die dessen Scheitern für unvermeidlich hielten. Eher schien es stillschweigender öffentlicher Konsens zu sein, dass der Durchbruch zu einer verantwortungsvollen globalen Klimapolitik greifbar nahe oder zumindest doch nicht auszuschließen war. Man meinte offenbar, in Kopenhagen stehe es gewissermaßen Spitz auf Knopf, und mit genügend Verhandlungsgeschick könne eine globale Wende in der Klimafrage gelingen, eine Wende nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern eine Wende im realen klimapolitischen Tun. Die Anreise von zahllosen Regierungschefs etwa wurde im Vorfeld der Konferenz allgemein als vielversprechendes Zeichen gewertet, und

für besonders vielversprechend hielt man, dass der amerikanische Präsident sich für die Schlussphase der Konferenz angesagt hatte. Solche optimistischen Einschätzungen wurden nicht etwa nur von Regierungen selbst und von regierungsnahen Kommentatoren in den Medien verbreitet. Auch Protestorganisationen, die in Kopenhagen zahlreich vertreten waren, standen solcher Einschätzung nahe. Eine große Mehrheit engagierter Umweltaktivisten war offenbar überzeugt, ihr Protest könne die politischen Entscheidungsprozesse vor und bei einer solchen Konferenz nennenswert beeinflussen. Dass in Kopenhagen bestenfalls ein rhetorisch bemänteltes Scheitern zu erwarten war, glaubte offenbar nicht einmal eine Minderheit der Protestierenden.

Spätestens Ereignisse wie das Kopenhagener Scheitern sollten aber allen zu denken geben, die sich mit ihrem Protest in Sachen Klimaschutz an herkömmliche politische Instanzen wenden, also an herkömmliche Staaten, Regierungen, Politiker und Parteien. Wer klimapolitisches Versagen nicht gleichgültig hinnehmen will, sollte sich in Zukunft fragen, ob Protest in der bisherigen Form seine Ziele je erreichen kann. Die Kopenhagener Konferenz ist eines von mittlerweile zahllosen Ereignissen, die in dieser Hinsicht größte Skepsis nahelegen. Sie hat ein weiteres Mal gezeigt, dass politische Entscheidungsinstanzen herkömmlicher Art Herausforderungen wie dem menschengemachten Klima-

wandel nicht gewachsen sind. Regierungen sind hiervon überfordert, und überfordert sind ebenso die demokratischen Entscheidungsprozesse, aus denen Regierungen hervorgehen und in die sie eingebunden sind. Kopenhagen war ein Beispiel dafür, dass auch die Mitwirkung zahlloser höchster politischer Entscheidungsträger bei einer solchen Konferenz alles andere als ein Hoffnungszeichen ist. Eine solche Gipfelkonferenz ist zwangsläufig ein Zusammentreffen fachlich überforderter und damit inkompetenter politischer Generalisten. Deren Überforderung ist im Organisationsprinzip herkömmlicher Staatswesen systematisch angelegt.

Dass bestehende Staaten für die Bewältigung von Aufgaben wie dem Klimaschutz ungeeignet sind, ergibt sich schon aus deren Entstehungsgeschichte. Herkömmliche Regierungsformen wurden zu ihrer Entstehungszeit für alles andere erdacht und geformt als für kompetente Entscheidungen auf solchen Gebieten. Auch die moderne Demokratie ist zugeschnitten auf ein politisches Aufgabenfeld, wie es zu ihrer Entstehungszeit vor ein paar Jahrhunderten bestand. Nicht nur, aber vor allem mit später auf gekommenen und noch aufkommenden neuartigen Politikgehalten sind herkömmliche Staatswesen daher systematisch überfordert. Umso mehr sind sie es mit einer globalen Koordination solcher Politikinhalt.

Wer auf einem Politikfeld wie dem Klimaschutz mehr fordert, als herkömmliche Staaten und Staatengemeinschaften es vermögen, sollte sich daher fragen, in welchen politischen Entscheidungsstrukturen solche höheren Ziele überhaupt erreichbar wären. Wo immer letztlich, wie es in herkömmlichen Staaten der Fall ist, politi-

sche Generalisten über Fragen entscheiden, denen allenfalls politische Spezialisten fachlich gewachsen sein könnten, und wo auch Wähler ihre Stimme nur als Generalisten in die Politik einbringen können, lassen sich Ziele wie der Klimaschutz nicht mit der notwendigen Sachkompetenz verfolgen und wird solchen Zielen nie die gebührende politische Priorität eingeräumt werden. Dass die hohe Bedeutung des Klimaschutzes in herkömmlicher Politik inzwischen wenigstens rhetorisch bejaht wird, ändert hieran nichts. In der politischen Praxis herkömmlicher Staaten bleibt die Klimapolitik unweigerlich hinter den sachlichen Erfordernissen zurück.

Damit ein langfristiges Ziel wie Klimaschutz auf Dauer den notwendigen Stellenwert bekommt und mit der notwendigen Sachkompetenz verfolgt wird, müssten daher erst einmal politische Entscheidungsverfahren geschaffen werden, die speziell hierauf zugeschnitten sind. Hierfür wären grundlegende organisatorische Umgestaltungen bestehender Staatswesen vonnöten, Umgestaltungen nämlich, die zu Formen neokratischer Staatsorganisation hinführen. Politische Protestbewegungen, die - sei es national oder global - in Sachen Klimaschutz aussichtsreicher als bisher operieren wollen, sollten sich daher zunächst einmal neokratische Reformziele auf die Fahnen schreiben. Erst neokratisch reformierte Staaten wären für solche Protestbewegungen hinreichend kompetente politische Adressaten, die begründeten Protest angemessen rezipieren würden. Solange sich solche kompetenteren Staatswesen nicht entwickeln, werden Protestbewegungen wie diejenigen zum Klimaschutz weiterhin viel zu wenig und viel zu spät politisches Gehör finden.

Die Schaffung klimapolitisch kompetenterer Staatswesen wäre schon deswegen dringlich, weil Versäumnisse auf diesem Gebiet langfristig irreparabel sind. Klimaschädliche Immissionen lassen sich nicht nachträglich aus der Erdatmosphäre entfernen oder unschädlich machen. Das Ausmaß solcher irreparablen, zukünftige Generati-

onen belastender Schäden wird davon abhängen, ob und wann für diesen Politikbereich neue, Überforderungen vorbeugende staatliche Organisationsformen entstehen werden.

12- 2009

www.reformforum-neopolis.de